Ahmadiyya-Oberhaupt ruft zu Toleranz und Frieden auf

24. Oktober 2019



Berlin (KNA) Das weltweite Oberhaupt der Ahmadiyya Muslim Jamaat, Kalif Hadhrat Mirza Masroor Ahmad, hat in Berlin zu Frieden und Toleranz aufgerufen. Zugleich warnte er Europa vor dem Verlust seiner religiösen Werte. Man könne nicht leugnen, dass sich vor allem im Westen viele Menschen von der Religion wegbewegten, sagte Ahmad am Dienstagabend. „Man sieht, dass sich Menschen eher von Gott entfernen und viel weniger an Gott glauben."

Aus seiner Sicht sei der Atheismus „eine viel stärkere Bedrohung für die Werte des Westens als jede andere Strömung". Davon sei das christlich-jüdische Erbe Europas bedroht. Gerade in Europa müssten deswegen Menschen zurück zum Glauben gebracht werden, unabhängig welcher Religion. „Es darf nicht sein, dass im Namen des Fortschritts solche moralischen Werte aufgegeben werden."

Ahmad rief dazu auf, „alle Unterschiede beiseite zu schieben und mit Toleranz für den Weltfrieden und die Glaubensfreiheit zusammenzuarbeiten". Menschen sollten Gemeinsamkeiten statt Unterschiede hervorheben, damit langfristiger Friede in der Welt herrschen könne. „Wenn es Muslime gibt, die Nicht-Muslimen ihre Rechte nehmen, dann ist

der wahre Grund, dass sie sich entgegen der Lehre des Islam verhalten.“

Ahmad sagte, dass der Koran an keiner Stelle die Anwendung von Gewalt und Zwang in Glaubensdingen lehre. Menschen, die sich auf den Dschihad beriefen und Terror und Gewalt nach Europa brächten, würden den Islam missverstehen. Auch sei der Islam nicht frauenfeindlich. „Der Islam war die erste Religion, in der Frauen das Recht haben, sich scheiden zu lassen und ein Teil des Erbes zu beanspruchen.“ Der Islam spreche sich für das Recht von Frauen auf Bildung und eine liebevolle, ehrende Behandlung aus.

Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen (SPD). Er kündigte an, dass sich Deutschland in der kommenden Legislaturperiode des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen auch für die Ahmadiyya einsetzen werde. Die Mitgliedschaft in dem Gremium „wird uns die Gelegenheit geben, die Frage der Verfolgung und Negierung von grundlegenden Rechten der Ahmadiyya anzusprechen“.

Zur Ahmadiyya-Gemeinschaft gehören weltweit rund 40 Millionen Muslime. In Deutschland leben etwa 40.000 Ahmadiyya, vor allem in Hessen und Hamburg, wo die Gemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist.

Die Wurzeln der Religionsgemeinschaft liegen in Indien und Pakistan. Von weiten Teilen des Islam wird die Gruppierung nicht anerkannt. In vielen Ländern werden Ahmadiyya verfolgt, weil ihr

Bekenntnis zum Gemeinschaftsgründer Mirza Ghulam Ahmad als Verstoß gegen die muslimische Lehre, wonach Mohammed der letzte Prophet ist, gesehen wird. Zentral ist für die am Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Gemeinschaft der absolute Gewaltverzicht.

(KNA – tlkmm-89-00163)

Stand: 22. November 2026